

Links der Neißer

September 2020

Linke Monatszeitung im Landkreis Görlitz

Jhrg.11/Nr.126

1. September - Weltfriedenstag

Fantasie von übermorgen

Text: Erich Kästner; Musik: Trad.

Und als der nächste Krieg begann,
da sagten die Frauen: Nein!
und schlossen Bruder, Sohn und Mann
fest in der Wohnung ein.

Dann zogen sie, in jedem Land,
wohl vor des Hauptmanns Haus
und hielten Stöcke in der Hand
und holten die Kerls heraus.

Sie legten jeden übers Knie,
der diesen Krieg befahl:
die Herren der Bank und Industrie,
den Minister und General.

Da brach so mancher Stock entzwei
Und manches Großmaul schwieg.
In allen Ländern gab's Geschrei,
und nirgends gab es Krieg.

Die Frauen gingen dann wieder nach Haus,
zum Bruder und Sohn und Mann,
und sagten ihnen, der Krieg sei aus!
Die Männer schauten zum Fenster hinaus
und sah'n die Frauen nicht an...

mehr auf Seite 10

Die Vier-Tage-Woche - und wie sie umgesetzt werden kann

In der weiter Fahrt aufnehmenden Debatte um eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit stellt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, ein Konzept vor.

mehr auf Seite 5

Regional-konferenzen als Bestandteil der Strukturdebatte gehen weiter

In Bautzen findet diese am Dienstag, 29. September statt.

mehr auf Seite 6

Für eine ökologische und sozial gerechte Mobilitäts-Offensive

In fünf Jahren deutschlandweit zum ticketfreien und kostenlosen ÖPNV. Wie das gehen soll, beschreibt die LINKE in 3 Phasen. DIE LINKE im Kreisverband Nürnberg fordert, wie in der Stadt, ein 365 EUR Jahresticket und 15 EUR Sozialticket. Ein Bürgerbegehren von der LINKEN in Nürnberg initiiert haben über 20.000 Menschen unterschrieben, damit haben die Menschen in Nürnberg den Weg zu einer ökologischen Verkehrspolitik eingeleitet.

mehr auf Seite 4

Begehrte Schulplätze - Zwergenschule freut sich auf Schulstart!

Natürlich wäre es wunderbar, wenn das staatliche Schulangebot derart vielfältig wäre, dass Eltern die von ihnen für ihr Kind favorisierte bewährte Lehrmethodik auswählen könnten. Bis dahin scheint es allerdings noch ein langer Weg. Und so bleibt Eltern vorerst nichts anderes übrig, als ihre Wunschschule selbst zu gründen.



mehr auf Seite 11

Oberbürgermeisterwahl in Hoyerswerda am 6. und 20. September



Foto: Internet

Dorit Baumeister, eine unabhängige Kandidatin zur Oberbürgermeisterwahl in Hoyerswerda, wird unterstützt vom Bündnis „Aktives Hoyerswerda“, der Partei „DIE LINKE“ und Bündnis 90/Die Grünen

mehr auf Seite 15

Beginn eines historischen Entspannungsprozesses in Europa

Nachbetrachtung:
50 Jahre Moskauer Vertrag.

mehr auf Seite 13



Aufruf zur Solidarität gegen die mörderische Blockadepolitik der USA.

UnblockCuba!
Wirtschaftskrieg gegen Kuba beenden!

mehr auf Seite 12

Rubriken

Termine	S. 14
Buchtipps	S. 15
Geburtstage	S. 16

DANKE für eure
Linke

DIE LINKE wirbt mit riesigem Rententopf gegen die steigende Altersarmut in Sachsen

Mit einem riesigen Rententopf werben Sächsische Abgeordnete der LINKEN aus Bundestag, Landtag und aus Kommunalparlamenten gemeinsam für ein faires Rentensystem. Vom 25. August bis 14. Oktober 2020 tourt DIE LINKE dabei durch das Land.

Parteivorsitzende Katja Kipping sagt dazu: „Eine Rente, die sicher vor Armut schützt und den Lebensstandard sichert – dafür kämpft DIE LINKE. Und mit weniger werden wir uns nicht zufriedengeben. 30 Jahre lang interessierten sich die Bundesregierungen kein bisschen für die Benachteiligungen der Ostdeutschen in der Rente. Das betrifft zum Beispiel die in der DDR Geschiedenen. Das muss sich ändern. Auch deshalb streiten wir für soziale Mehrheiten links der Union.“

Alle sollen einzahlen

DIE LINKE verweist darauf, dass nur ein gemeinsamer und starker solidarischer staatlicher Rententopf allen eine würdige Rente sichern kann und private Rentenversicherungen nur die Taschen der Finanz- und Versicherungsindustrie füllen.

Susanne Schaper, Landesvorsitzende von DIE LINKE. Sachsen, ergänzt: „Wir wollen ein Rentensystem, in das alle einzahlen und das alle vor Alters-



armut schützt. Extrawürste für Beamte, Politikerinnen oder Politiker soll es nicht mehr geben.“

Neben einem riesigen Topf, der symbolisch für die Forderung nach einem Rententopf für alle steht, sollen eine kleine Ausstellung und eine offene Gesprächsarena vor Ort Bürgerinnen und Bürgern anregen, über ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Thema Rente und Löhne ins Gespräch zu kommen. 631.000 Sächsinen und Sachsen müssen nach 40 Arbeitsjahren mit weniger als 1.200 Euro Rente auskommen – 314.000 davon mit weniger als 1.000 Euro. Von der neu geschaffenen Grundrente sind viele Menschen aus Sachsen ausgeschlossen, da sie aufgrund von Wendebiografien nicht auf die notwendigen 33 Beitrags-

jahre kommen.

Mit Maßnahmen wie der Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und einem Mindestlohn von 13 Euro will DIE LINKE gegen die Altersarmut vorgehen. DIE LINKE schlägt zudem eine „Solidarische Mindestrente“ vor, die für Menschen ab 65 Jahren dafür sorgen soll, dass niemand im Alter von weniger als aktuell 1.050 Euro netto leben muss.

Keine durchgehenden Erwerbsbiographien, Schwächung der staatlichen Rente, massive Kürzungen im sozialen Bereich und Billiglohnssektor

„Entscheidend für eine gute Rente sind auch faire Löhne in den Erwerbsjahren

davor. Wer jahrzehntlang im Niedriglohnssektor schuftete, darf in der Rente nicht auch noch mit dem Gang zum Sozialamt bestraft werden.“, sagt Susanne Schaper.

Wer heute in Sachsen in den Ruhestand geht, hat sich oftmals durch Phasen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, Erwerbslosigkeit oder der beruflichen Umorientierung in den schwierigen Wendejahren gekämpft. Unter der Regierung von Gerhard Schröder (SPD) wurde ab 2000/2001 mit einer Reform die staatliche Rente geschwächt und das Geschäftsmodell der privaten Rentenversicherung (Rieser) im Sinne des Profits für Banken und Versicherungen gestärkt. Zusätzlich wurden Rentenbeiträge abgesenkt sowie die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre politisch vorbereitet. Mit der Agenda 2010 kam es ab den Jahren 2003 zudem zu massiven Kürzungen im sozialen Bereich und zu einer nie dagewesenen Ausweitung des Billiglohnssektors, der bis heute Wirkung zeigt. Die Folgen sind Altersarmut auch in Sachsen.

Donnerstag, 24. September 2020: 10 bis 12 Uhr Löbau (Nikolaimarkt) und 13 bis 16 Uhr in Görlitz (Marienplatz) u.a. mit Caren Lay (MdB)

Grundeinkommen:

Petition schafft es in den Bundestag

Materielle Not im Zuge der Corona-Krise hat die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen neu entfacht. Eine Petition der Aktivistin Susanne Wiest, die die Einführung eines Grundeinkommens in Höhe von 1000 Euro pro Person für die Dauer der Coronabedingten Wirtschaftskrise fordert, hat insgesamt 174000 Menschen überzeugt – so viele wie nie zuvor eine an den Bundestag gerichtete Petition. Nun muss sich alsbald der Petitionsausschuss des Bundestages damit befassen. Anschließend muss sich das zuständige Bundesministerium dazu positionieren. Und das Thema hat Potential: Eine ähnliche Petition der Designerin Toni Merz auf der Kampagnen-Plattform change.org hatten sogar über 450000 Menschen gezeichnet. *Quelle: DrObs DIE DRESDNER STRASSENZEITUNG*

Petition Handel

Systemrelevant und trotzdem in Altersarmut

„Ich bin wütend.“, so Farina Kerekes. „Viele meiner Kolleginnen und Kollegen sind wütend. Wir im Handel sind jetzt als systemrelevant eingestuft worden. Doch statt für unseren Schutz zu sorgen, will die Regierung uns jetzt auch sonntags arbeiten lassen. ... Kanzlerin Merkel hat sich in ihrer großen Ansprache bei allen Verkäuferinnen und Verkäufern bedankt. Aber das ändert nichts daran, dass die meisten von uns in Altersarmut landen werden. Von Klatschen können wir uns leider keine Altersvorsorge leisten. Auch die Konzernchefs bedanken sich jetzt bei „ihren“ Angestellten. Einige große Ketten wollen ihre Angestellten mit einem Warengutschein abspesen. Das sind die gleichen Arbeitgeber, die seit Jahren die Gründung von Betriebsräten verhindern, die sich aus der Tarifbindung verabschieden, die Auszubildende als billige Arbeitskräfte ausnutzen, die sich



den Gewinn in die eigenen Taschen stecken und die sich das Arbeitsrecht hinbiegen wie es ihnen passt. Uns reicht es jetzt! Wir sind mehr wert! Seit Jahren werden wir schon ausgebeutet. Nur noch 36% der Angestellten im Einzel- und Versandhandel werden nach Tarif bezahlt. Dabei sind 2 Millionen in Teilzeit angestellt und 800.000 nur geringfügig beschäftigt. Dabei zeigt sich sehr deutlich, wer dieses System am Laufen hält: Ganze 70% der Angestellten sind Frauen. Wir fordern von Bundeswirtschaftsminister Herr Altmaier und Bundesarbeits-

minister Herr Heil - setzen Sie unsere Forderungen JETZT UM!

Als Sofortmaßnahme: 1. Gefahrenzulage für alle Beschäftigten -> min. 500 Euro; 2. Schutzmasken für alle;

Als langfristige Maßnahme:

1. Löhne erhöhen; 2. Allgemeinverbindliche Tarifbindung wieder herstellen, kein Unterbietungswettbewerb auf dem Rücken der Angestellten. Die Coronakrise hat letztendlich eine Systemkrise sichtbar gemacht. Wenn du helfen willst, dann hör bitte nicht beim Klatschen auf, sondern kämpfe mit uns für mehr Schutz und ein Gehalt, das zum Leben reicht. Unterstütze diese Petition, erzähle deinen Kolleginnen und Kollegen davon, werde Mitglied unserer Facebookgruppe um den Handelsaufstand zu unterstützen!“

LdN berichtete in der Nr. 125 über einen gemeinsamen Antrag von LINKEN, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu diesem Gesetz.

Ein Heimeinweisungsgesetz

von Dr. Ilja Seifert

Von der allgemeinen Öffentlichkeit weitgehend un-
bemerkter herrscht unter
schwerstpflegebedürftigen
Menschen und deren Ange-
hörigen seit rund einem Jahr
helle Aufregungen. Grund ist
ein Gesetz, das - unter dem
Vorwand des „Patienten-
schutzes“ - praktisch ein
Heimeinweisungsgesetz ist:
Das Intensivpflege- und Re-
habilitationsgesetz (IPReG).
Im August 2019 wurde ein
erster Entwurf bekannt. Die-
ser alarmierte die unmittel-
bar Betroffenen so intensiv,
daß mehrere Dutzend gleich
den Tag der offenen Tür des



Dr. Ilja Seifert.

Foto: Internet

Bundes-Gesundheitsministeriums zu
einer ersten spontanen Protestaktion
nutzten. Der Minister selbst wich der
direkten Konfrontation immer wieder
aus. Als die Aktivisten aus Verzweif-
lung quasi die Bühne besetzten, um
das Publikum über ihr Anliegen auf-
zuklären, verweigerte die Beamten-
schaft uns sogar das Mikrophon, so dass
wir unverstärkt gegen den Besucher-
lärm anreden mußten.

Missbrauchsvorwurf als Vorwand

Worum geht es? Das Gesetz tut so, als
wolle es Menschen schützen, die beat-
met werden müssen und auch
ansonsten einen hohen Aufwand an
pflegender Assistenz haben, um ihren
Lebensalltag zu gestalten. Die Lösung
sollen „Wohngruppen“ sein, in denen
jeweils etwa ein halbes Dutzend die-
ser Menschen „untergebracht“ und von
„Fachpersonal versorgt“ wird. Dabei
wird unterstellt, dass ansonsten dem
Mißbrauch Tür und Tor geöffnet sei.
Gemeint ist also, dass Familien, die
diese Arbeit jetzt schon leisten - u.U.
mit Hilfe ambulanter Pflegedienste -
sich schamlos bereichern und ihre An-
gehörigen schlecht pflegen würden.
Kein Wunder also, dass die Betroffe-
nen um ihre freie Selbstbestimmung
bangen. Als wenn in - „wirtschaftlich
arbeitenden“ - Wohngruppen irgend-
wie auf individuelle Lebensentwürfe
oder sonstige Bedürfnisse eingegangen
werden könnte! Gegenwärtig ist es so,
dass auch junge Menschen, die 24
Stunden am Tage beatmet werden

müssen, studieren bzw. sich anderwei-
tig auf eine berufliche Zukunft vorbe-
reiten oder ihr bereits nachgehen. Der-
artige Assistenz ist von Wohngruppen
aus unmöglich. Ebenso verhält es sich
mit Freizeit- und kulturellen Aktivitä-
ten; In jedem Lebensalter:

Protest ignoriert

Bis zum Beginn der Corona-Quaran-
täne fanden sich jeden Woche Betrof-
fene vor dem Gesundheitsministerium
zu Mahnwachen ein. Auch sie wurden
vom Minister und seiner Beamtschaft
geflissentlich ignoriert. Zwar gab es
im Herbst vergangenen Jahres - als
Folge der Bühnenbesetzung - das Ge-
spräch einer kleinen Betroffenen-De-
legation mit dem Minister, aber es blieb
ebenso folgenlos wie zahlreiche per-
sönliche Schreiben, online-Petitionen
und anderweitige Internet-Aktivitäten.
Es gelang den Aktivisten leider nicht,
der allgemeinen Öffentlichkeit die
Gefahr deutlich zu machen, in die Jede
und Jeder von uns gerät, wenn sie oder
er plötzlich in eine komplizierte ge-
sundheitliche Situation kommt, in der
beispielsweise eine Dauerbeatmung
erforderlich wird. So konnte der Mi-
nister sein Gesetz - mit einigen eher
kosmetischen Korrekturen und etlichen
bürokratischen Schikanen - noch vor
der parlamentarischen Sommerpause
gegen die Stimmen der demokrati-
schen Opposition durch den Bundes-
tag schleusen.

Sören Pellmann auf Tour in Ostsachsen

Ein Beitrag von Jens-Hentschel Thöricht

Im Rahmen seiner
Sommertour 2020
besuchte der
Leipziger Bundestags-
abgeordnete
Sören Pellmann
am 18. August
Ostsachsen.

Die AWO Oberlau-
sitz in Löbau war
die erste Station.
Gemeinsam mit
Geschäftsführer
Herrn Reinke dis-
kutierte er die Si-
tuation in den Pflegeheimen.

Einig waren sich beide, dass gute Pflege un-
abhängig vom Geldbeutel sein muss.
Der Eigenanteil für die Bewohner muss
eine feste und damit kalkulierbare
Summe sein. Pellmann wird als Mit-
glied des Petitionsausschusses sehr
genau auf den Umgang mit der einge-
reichten Petition der AWO achten, wel-
che zum Ziel hat, die Pflegekosten für
die Bewohner zu begrenzen.

Die zweite Station auf seiner Tour war
das Emmaus in Niesky. Oberin
Schwester Rönsch schilderte die
schmerzliche Erfahrung, welche Sie
durch die Corona-Pandemie in ihrem
Pflegeheim erleben musste. Für die
Zukunft gilt es daraus zu lernen und
einen Plan zu entwickeln, wie bei ei-
nem erneuten Auftreten mit einer sol-
chen Extremsituation umgegangen
werden kann. Dankbar war der
Leipziger Bundestagsabgeordnete für
den Einblick in das neu eröffnete Hos-
piz in Niesky. Der Name dieser wich-
tigen Einrichtung „Haus am Wege“ hat
dabei durchaus eine Bedeutung...

„Zusammen ist man weniger alleine“
ist das Motto des Mehrgenerationen-
hauses in Bautzen Gesundbrunnen.



Sören Pellmann sah bei seinem Vor-
ort-Termin, dass hier wichtige
Stadtteilarbeit geleistet wird. So hat sich
die Einrichtung zu einer Anlaufstelle
für Menschen jeglichen Alters und
Herkunft etabliert. Damit wird der
Vereinsamung älterer Menschen ent-
gegengewirkt, ein friedlichen
Miteinander und Toleranz vorgelebt.
Tolle Angebote wie die „flotte Nadel“
oder das „Strickliesel“ bieten etlichen
Menschen ein Angebot und somit eine
Tagesstruktur.

Einen Zwischenstopp legte Pellmann
am Gedenkstein für Ernst Thälmann
an der Bautzener Justizvollzugsanstalt
ein. Thälmann gilt als prominentester
Häftling des Gefängnisses.

Letzte Station der Tour war der Baut-
zener Leichtathletikverein „Rot-Weiß
90“ e.V..

Herr Zimmermann berichtete, dass
der Verein zum Umgang mit Corona
sehr gut informiert wurde. Ein Sport-
verein, der Breitensport lebt. Solche
Vereine sind die heimlichen Streetwor-
ker in den Kommunen. Eine Arbeit,
die nicht genug wertgeschätzt werden
kann.

Bundestagsfraktion DIE LINKE in Weißwasser

Der rote Panzer zu Gast

Die Fraktion DIE LINKE im
Deutschen Bundestag ist am
8. September in Weißwasser
zu Gast. Damit demonstriert
sie für Frieden und gegen
Krieg. Dazu wird ein mit Luft
gefüllter Panzer ab 14 Uhr am
Infostand der LINKEN an der
Berliner Kreuzung in Weiß-
wasser stehen. „Bomben und Panzer schaffen keinen Frieden“, heißt die Tour
der Fraktion durch die Bundesrepublik. „Denn jede Waffe findet ihren Krieg
und Bomben schaffen keinen Frieden“, so MdL Antonia Mertsching.



Archivbild von Mai 2019.

Für eine ökologische und sozial gerechte Mobilitäts-Offensive

In fünf Jahren deutschlandweit zum ticketfreien und kostenlosen ÖPNV

Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung (71 Prozent) wollen einen kostenfreien ÖPNV (aktuelle repräsentative Umfrage von infratest-dimap). Das ist nicht nur aus sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Gründen sinnvoll, sondern auch in fünf Jahren machbar und gerecht finanzierbar.

Klar ist: es braucht einen erheblichen Ausbau des ÖPNV, die Kommunen und ÖPNV-Verbände, die mit einem solchen Nulltarif starten, müssen erhebliche Unterstützung vom Bund bekommen und es braucht eine bessere Bezahlung der FahrerInnen und des Personals.



In drei Phasen lässt sich der kostenfreie ÖPNV realistisch und gerecht finanziert flächendeckend verwirklichen:

Erste Phase (1 Jahr): Modellphase für zwei Jahre in 15 Städten und Ausbau der Infrastruktur

Gesundheitsschutz geht vor: Los geht es mit Modellprojekten für kostenfreien ÖPNV in den 15 Städten, die von besonders hoher Feinstaub- und CO₂-Belastung betroffen sind. Sie erhalten vom Bund 90 Prozent Förderung für die Einführung eines kostenfreien ÖPNV. Das Personenbeförderungsgesetz wird dahingehend angepasst, dass auf kommunaler Ebene mehr unkonventionelle Projekte ausprobiert werden könnten und Kriterien „guter Arbeit“ und bessere Bezahlung aufgenommen werden. Die Modellprojekte werden wissenschaftlich begleitet. Im Folgejahr finden erste Evaluationen statt.

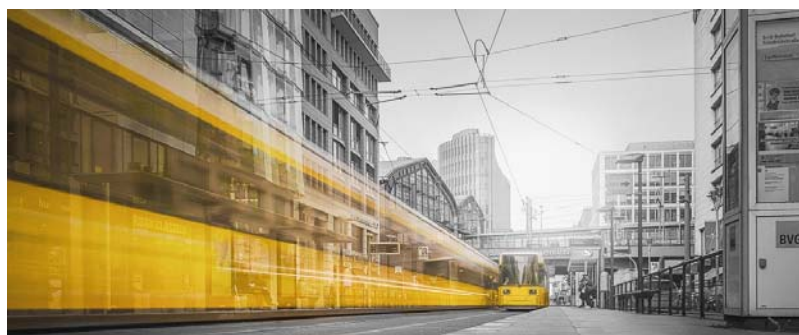
Investitionen von 8 Mrd. Euro jährlich in bundesweite Sofortmaßnahmen zum Ausbau und Verbesserung der Qualität der ökologischen Mobilitätsinfrastruktur von Bus und Bahn: Erhöhung der Takt-

zahlen, mehr Personal, Weiterqualifizierungsmaßnahmen und bessere Bezahlung, Verknüpfung mit intelligenter Mobilität (car-sharing etc.). Besondere Schwerpunkte sind dabei ländliche und strukturschwache Regionen sowie die Metropolregionen mit vielen PendlerInnen.

Bundes-Programm „Freie Fahrt für Kinder und Jugendliche in Bus und Bahn“: Alle Personen bis 18 Jahren, Schülerinnen und Schüler, Azubis und Hartz IV-Empfänger fahren ab Beginn der ersten Phase kostenfrei. Die Kosten übernimmt der Bund vollständig.

Zweite Phase (2 Jahre): Einführung des kostenfreien ÖPNV startet in möglichst vielen Kommunen

In den nächsten drei Jahren können die Kommunen eine zusätzliche ÖPNV-Abgabe erheben, die nicht höher als 60 Euro/Jahr liegen darf. Die Differenz zu den wegfallenden Einnahmen wird vom Bund durch ein Förderprogramm von 8 Milliarden/Jahr getragen.



Dritte Phase: Kostenfreier ÖPNV flächendeckend, für alle.

DIE LINKE fordert 365 EUR Ticket und 15 EUR Sozialticket auch im Nürnberger Land

Auf Initiative der LINKEN hat der Nürnberger Stadtrat am 17.6.2020 die Einführung eines 365 Euro Tickets und eines 15 Euro Sozialtickets verabschiedet. DIE LINKE im Landkreis Nürnberg fordert den Kreistag auf, den selben Schritt zu gehen.



LINKE in Nürnberg für attraktiveren ÖPNV.

Foto: Internet

Die soziale ökologische Verkehrswende wird von breiten Teilen der Bevölkerung als Anspruch gegenüber der Politik formuliert. DIE LINKE engagiert sich seit Jahren innerhalb und außerhalb der Parlamente konsequent gegen Fahrpreiserhöhungen und für einen günstigen und attraktiven Personennahverkehr. Dabei ist die soziale Komponente ein Alleinstellungsmerkmal der LINKEN als Beitrag für eine nachhaltige Verkehrswende.

Nun hat ein Bürgerbegehren der LINKEN in Nürnberg für ein 365 Euro Ticket und ein 15 Euro Sozialticket, für welches über 20.000 Menschen unterschrieben hatten, einen Coup gelan-

det und einen Meilenstein in der Verkehrspolitik durchgesetzt. Dieser sieht vor, dass ein 15 Euro Sozialticket bereits zum 01.01.2021 und das 365 Euro Ticket spätestens zum 01.01.2023 eingeführt und bis dahin auf Fahrpreiserhöhungen verzichtet wird. DIE LINKE. Nürnberger Land hatte im Kommunalwahlkampf für ein 365 Euro Jahres und 15 Euro Sozialticket für den VGN-Gesamtraum geworben. Kreisrätin Evelyn Schötz (DIE LINKE) dazu: „Wir begrüßen den Nürnberger Beschluss. Aus sozialen und ökologischen Gründen sollte sich auch der Kreistag Nürnberger Land diesem Vorstoß anschließen. Wir setzen uns dafür im Kreistag und gemeinsam mit den Bürger*innen ein.“ (red.)

Das ist ohne weiteres sozial gerecht finanzierbar, wenn der politische Wille da ist. Insgesamt belaufen sich die Kosten auf etwa 15 Milliarden Euro pro Jahr.

Erste Phase:

12 Milliarden Euro pro Jahr

- 10 Milliarden Euro pro Jahr für Ausbau der ökologischen Mobilitätsinfrastruktur
- 2 Milliarden Euro pro Jahr für Modellprojekte und kostenfreien Nahverkehr für Schülerinnen und Schüler, Azubis und Hartz IV-Empfänger

Zweite Phase:

15 Milliarden Euro pro Jahr

- 7 Milliarden Euro pro Jahr für Ausbau der ökologischen Mobilitätsinfrastruktur und des ÖPNV-Angebots
- 8 Milliarden Euro pro Jahr für Förderprogramm „kostenfreier ÖPNV in Kommunen“

Dritte Phase:

ca. 15 bis 18 Milliarden Euro pro Jahr

Der Bund übernimmt die erforderlichen 12 Milliarden Euro pro Jahr für flächendeckenden kostenfreien ÖPNV (Schätzung der Kosten durch Verband deutscher Verkehrsunternehmen VDV) und etwa 3 bis 6 Milliarden Euro pro Jahr für den weiteren Ausbau der ökologischen Mobilitätsinfrastruktur

Die Vier-Tage-Woche - und wie sie umgesetzt werden kann

In der weiter Fahrt aufnehmenden Debatte um eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit stellt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, ein Konzept vor, wie die Verkürzung der Arbeitszeit konkret umgesetzt werden kann:

„Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 4 Tage oder 30 Stunden pro Woche trifft den Nerv der Zeit. Aus gutem Grund: Mit Arbeitszeitverkürzung können wir Arbeitsplätze retten, für mehr Lebensqualität sorgen, aber auch Menschen in unfreiwilliger Teilzeit ermöglichen, endlich wieder mehr zu arbeiten.“

Im Gegensatz zu den bisherigen Flexibilisierungen der Arbeitszeit, die immer zu Lasten der Beschäftigten gingen, ermöglicht die Verkürzung der Arbeitszeit eine Flexibilisierung, die den Beschäftigten nützt und sie sogar ein Stück weit vor Entlassungen schützt. Und gerade vor dem Hintergrund der Corona-bedingten Umwälzung der Wirtschaft ist das dringend nötig.“

DIE LINKE fordert eine allgemeine **Verkürzung der Arbeitszeit auf um die 30 Stunden pro Woche** – bei vollem Lohnausgleich. Studien belegen, dass die Produktivität in kürzeren Arbeitstagen steigt, so dass in vielen Sektoren keine Leistungsverluste zu verzeichnen sein werden. In manchen Branchen ist die Arbeitsverdichtung so vorangetrieben worden, dass Produktivitätszuwächse mehr Stress und Belastung bedeuten würden. Von Unternehmen, die Dividenden ausschütten, müssen die zusätzlich Kosten aus den Profiten gezahlt werden – die sind nicht zuletzt aus den Millio-

nen unbezahlten Überstunden der vergangenen Jahre entstanden. Für Betriebe in der Krise können staatliche Unterstützung für eine Übergangszeit beantragt werden. Betriebe, die staatliche Unterstützung erhalten, müssen in einen zwingenden Mitbestimmungsprozess mit der Beschäftigungsvertretung eintreten.

Arbeitszeitpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik.

Die Frage, wie lange wir arbeiten wollen bzw. müssen, ist auch eine Frage, in welcher Gesellschaft wir leben



wollen bzw. müssen. Mit dem Vorschlag einer Vier-Tage-Woche für alle bringt DIE LINKE ein arbeitszeitpolitisches Projekt in die gesellschaftliche Debatte, mit dem sich weitere Ziele verknüpfen: Eine gesamtgesellschaftliche Reduzierung der Arbeitszeit sorgt für eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit. Bestehende Arbeitsplätze werden gesichert (z.B. in der kriselnden und sich im Strukturwandel befindlichen Automobilindustrie) und neue geschaffen, weil mehr Menschen in Erwerbsarbeit gebracht werden. Das LINKE Konzept von Arbeit, die zum Leben passt, bedeutet auch, dass Menschen, die unfreiwillig in Teilzeit mit

wenigen Stunden arbeiten, ein Recht auf Mindeststunden (22/Woche) im Arbeitsvertrag bekommen sollen. Zudem wird die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Privatleben verbessert, was auch dazu beitragen kann, die Arbeitsverteilung zwischen den Geschlechtern gerechter zu gestalten. Durch reduzierte Erwerbsarbeitszeiten erhöhen sich auch für Männer die „Anreize“, einen größeren Anteil der Haus- und Sorgearbeit zu übernehmen. Diese positiven gesellschaftlichen Ziele, die mit einer kollektiven Arbeitsverkürzung einhergehen, lassen sich jedoch nur auf eine sozial gerechte Weise umsetzen, wenn damit ein Lohnausgleich einhergeht.

Corona - Krise, was hat das Parlament bisher verhandelt?

Nachbetrachtungen aus einer Fraktionssitzung und einer Plenartagung auf der die LINKE und die anderen Fraktionen im Europäischem Parlament den Einigungen des Europäischen Rates zum Wiederaufbaupaket eine Absage erteilten.

Martina Michels: Wir berichten relativ selten aus Fraktionssitzungen, eigentlich eher, weil es eine Zeitfrage ist und unklar bleibt, wer diese Informationsfülle eigentlich haben will; schreibt Martina Michels. Eigentlich sollten die Sitzungen sogar einmal gestreamt werden. Doch dieses hehre Anliegen hat sich - nach ersten Testläufen im vergangenen Jahr - nicht über die Corona-Zeiten gehalten, in denen alle verfügbaren technischen Zugänge für Sitzungen im Remote-Modus sowieso ausgenutzt werden. Und in Brüssel ist das alles nicht so einfach, hängen doch immerhin eine Menge Übersetzungen dran, damit alle an den Sitzungen Beteiligten, nicht über diese Barriere stolpern. Am 23. Juli, ein Tag vor dem außerordentlichen Plenum des Europaparlaments, war dann auch eine außerordentliche Fraktionssitzung, in der Dimitri Papadimoulis, unser Vizepräsident, und José Gusmao aus den Verhandlungen zur Parlamentsresolution berichteten, die erst am



Martina Michels.

Foto: Internet

Mittwoch früh um 2 Uhr geendet hatten. Die Konservativen, die Sozialdemokraten, die Grünen, die Liberalen und die Linken handelten eine gemeinsame Position aus, die das Ergebnis des Gipfels des Europäischen Rates hart kritisierte und klar enthielt, dass das letzte Wort zum Haushalt 2021-2027 noch nicht gesprochen wurde.

José Gusmao betonte: „Die Medien tun ja so, als sei das Ratsabkommen historisch und es würde in unseren Ländern Geld regnen.“

Dagegen können wir die Position des Parlaments setzen. Unsere Fraktions-Co-Vorsitzende Manon Aubry unter-

strich diese Sicht, indem sie betonte: „Ja wir müssen den Nebel über dem Abkommen lichten und es ist strategisch richtig, jetzt eine starke kritische Position des EP

zu unterstützen.“

Die außerordentliche Plenartagung des Europaparlaments

Martina lauschte der Aussprache und fasste zugleich nochmals ihre Position zur Sitzung zusammen:

„Heute beschloss das Europäische Parlament in einer Resolution, dass die Einigungen des Europäischen Rates vom vergangenen Wochenende nicht die geeigneten Antworten auf den Wiederaufbau der EU in der Covid19-Krise sind.“

„Wer als historisch feiert, dass der Eu-



ropäische Rat sich am Wochenende endlich auf ein Wiederaufbau-Paket in der Covid19-Krise geeinigt hat, hat sich offenbar mit einer EU abgefunden, die politische Herausforderungen gar nicht mehr europäisch anpacken will. Dass Klimawandel, Digitalisierung, Migration keine nationalen Phänomene sind, war schon vor der Corona-Krise klar. Dass unsere Gesundheitssysteme jedoch auch von internationalen Lieferketten, gut ausgebildetem Pflegepersonal und öffentlicher Forschung abhängig sind, hat die Covid19-Pandemie der Europäischen Politik deutlich vor Augen geführt...“ (red.)

Informationen zur Strukturdebatte



Regionalkonferenzen als Bestandteil der Strukturdebatte gehen weiter

Im Landesverband wurde eine Strukturdebatte begonnen, um die Strukturen der LINKEN Sachsen nach vielen Jahren endlich wieder an die Gegebenheiten anzupassen. Dazu wurde ein Strukturplenum ins Leben gerufen, welches aus den Kreisverbänden, dem Landesrat, den Zusammenschlüssen, den Senior*innen und dem Jugendverband besteht. Dieses Strukturplenum soll dem Landesverband am Schluss der Debatte Änderungsvorschläge unterbreiten.

Die Landesgeschäftsführerin, Janina Pfau informiert: „Bereits im März hatten wir euch zu fünf kreisverbandsübergreifenden Regionalkonferenzen im ländlichen Raum eingeladen, welche dann leider auf Grund der Corona-Pandemie abgesagt werden mussten. Die Debatte über die Strukturen in unserem Landesverband soll aber weitergehen und so möchten wir auch die Regionalkonferenzen nachholen.“

Das Wahlkampfsjahr 2019 hat uns einmal mehr schmerzlich gezeigt, dass

wir handeln müssen. Das geht nicht ohne eure Unterstützung und eure Erfahrungen. Da ihr am besten wisst, was in eurem Kreisverband oder Ortsverband gut funktioniert und was geändert werden muss, sollt ihr mitdiskutieren und Änderungsvorschläge machen. Wenn es auch euch am Herzen liegt, unsere Partei fit für die Zukunft zu machen, kommt vorbei und bringt euch ein! Eine Anmeldung ist obligatorisch, da die Teilnehmer*innenzahl wegen der Abstandsregeln begrenzt ist.

Bitte meldet euch unter Angabe eures Kreisverbandes unter kontakt@dielinke-sachsen.de oder 0351-853270.“

Regionalkonferenz in Bautzen am Dienstag, 29. September, von 18-21 Uhr im Technologie- und Gründerzentrum Bautzen, Preuschwitzer Str. 20

Weitere Infos: www.dielinke-sachsen.de/2020/02/strukturdebatte

Landesparteitag im Oktober

Die 3. Tagung des 15. Landesparteitages findet am 10. Oktober in der Festhalle in Plauen statt. Der Landesvorstand hat ein umfassendes Konzept zur Umsetzung von Hy-



gienemaßnahmen und Abstandsregeln zum Infektionsschutz während der Corona-Pandemie erstellt und am 17. Juli beschlossen. Eine dieser Maßnahmen ist, dass durch die Abstandsregeln die präsen-te Teilnahme auf ca. 130 Delegierte gekürzt werden muss. Auf Basis der Freiwilligkeit sollten die Anderen am Landesparteitag per Videokonferenz teilnehmen. Die Tagesordnung und die Anträge werden auf das notwendigste beschränkt.

Vorgesehen sind eine Beratung und Beschlussfassung zum Leitantrag des Landesvorstandes an den Parteitag. Der erste Entwurf, so die Beschlusslage sollte am 29. August vorliegen und den Mitgliedern öffentlich bekannt ge-

macht werden. Gegen 11 Uhr am 10. Oktober wird voraussichtlich der Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, vor den Delegierten sprechen. Nach dem Mittag ist die Beratung und Beschlussfassung zum Wahl- und Aufstellungsverfahren der LINKEN Sachsen für die Bundestagswahl 2021 vorgesehen. Weitere Anträge an die 3. Tagung des 15. Landesparteitages schließen sich an. Der Landesvorstand macht nochmals auf die Fristen zum Parteitag aufmerksam. Anträge an den Parteitag sind bis spätestens 11. September und Änderungsanträge bis 3. Oktober an den Landesvorstand einzureichen. (red.)

Sachsens Linke!

Neue Ausgabe jetzt online



Zwei Termine Landesverband

Liebe Genossinnen und Genossen, im Folgenden findet ihr zwei Einladungen zu ersten Treffen des „Rat Politische Bildung“ und des „Landesforum ARBEIT“, eure Janina Pfau, Landesgeschäftsführerin

Einladung zum „Rat Politische Bildung“ am 8. September

Es ist vollbracht: Wir haben einen Rat Politische Bildung in unserem Landesverband gegründet. Nun muss die beschlossene Struktur mit Leben und Inhalt gefüllt werden, und zwar von Dir! Du bist selbst aktiv auf einem Politikfeld und/oder in einer Landesarbeitsgemeinschaft? Du interessierst dich für Bildungsangebote und möchtest diese gern mitgestalten? Du organisierst bereits Bildungsveranstaltungen und möchtest, dass mehr Genoss*innen daran teilnehmen? Du findest, dass wir in einem oder mehreren Bereichen unsere Potentiale nicht nutzen? Perfekt! Dann trage dich auf <https://www.linksmail.de/mailman/listinfo/politische-bildung> in unsere Mailingliste ein oder melde dich bei Max Wegener (max.wegener@dielinke-sachsen.de).

Ein erstes Treffen ist für den **8. September, 18:30 Uhr** geplant. Das Treffen wird als Videokonferenz stattfinden, eine gesonderte Einladung wird über die Mailingliste verschickt.

Lasst uns gemeinsam neue Wege in der innerparteilichen Bildungsarbeit gehen!

Einladung zum „Landesforum ARBEIT“ am 18. September

Nachdem das ersten Treffen des Landesforum ARBEIT im Frühjahr leider ausfallen musste, findet es nunmehr am **Freitag, den 18. September um 17 Uhr im Richard-Teichgräber-Saal des Dresdner Volkshauses (Schützenpl. 14, 01067 Dresden)** statt. Anbei sende ich euch die vom Landesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung. Eine Teilnahme ist nur mit vorheriger Anmeldung möglich, da die Teilnehmer*innenzahl nach wie vor begrenzt ist. Bitte meldet euch daher bei Tino Wehner (tino.wehner@dielinke-sachsen.de) oder unter 0351-853270 für die Veranstaltung an. Zum Schutz der Mitarbeiter*innen und Teilnehmer*innen sind die üblichen Abstands- und Hygieneregeln zu beachten.

Es wird von der Veranstaltung auch einen Livestream geben, der über das Internet verfolgt werden kann. Weitere Informationen dazu erhaltet ihr ebenfalls über die o.g. Kontaktdaten.

Wahlalter senken - Jugendbeteiligung gewährleisten!

Anlässlich des Weltjugendtag erklärt die jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag, Anna Gorskih:

"Die Beteiligung von Jugendlichen ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung besonders wichtig für eine funktionierende Demokratie. Junge Menschen sind in unserer Gesellschaft zahlenmäßig in der Minderheit. Sie haben keine starke Lobby und können ihre Interessen häufig nur eingeschränkt durchsetzen. Deshalb braucht es hier dringend neue Regelungen, damit auch die Stimmen und Interessen der jungen Generation im politischen Willensbildungsprozess berücksichtigt werden.

Dazu muss das Wahlalter endlich gesenkt werden! In Sachsen darf man zwar mit 17 Jahren zur Bundeswehr, aber hat kein Wahlrecht bei Kommunal- und Landtagswahlen! In vielen Bundesländern ist man da schon weiter und hat das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt. Sachsen ist hier mal wieder Schlusslicht. Das muss sich ändern! Wir als Linksfraktion setzen uns schon seit Jahren für eine Ab-



Anna Gorskih.

Foto: Internet

senkung des Wahlalters ein. Schön, dass andere nachziehen und das auch so sehen. Wir hoffen, dass Grüne und SPD in der Koalition mehr Druck auf die CDU ausüben und endlich für mehr Generationengerechtigkeit in Sachsen sorgen.

Die Jugend ist unsere Zukunft. Die positiven Auswirkungen vermehrter Teilhabe von jungen Menschen kommen der gesamten Gesellschaft zugute. Wo Jugendliche ihre Ideen einbringen und umsetzen können, identifizieren sie sich mit ihrem Wohnort und bleiben auch gern dort, was insbesondere für den ländlichen Raum enorm wichtig ist. Sie bringen das öffentliche Leben in Schwung und tragen innovative und fortschrittliche Ideen ihrer Generation in die politischen Gremien, von denen alle profitieren."

Vier-Stufen-Plan wälzt Verantwortung auf Schulen ab - Durcheinander vorprogrammiert!

Zu dem durch das SMK verkündeten Vier-Stufen-Plan zum geplanten Schulstart im Normalbetrieb unter Pandemiebedingungen erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag Luise Neuhaus-Wartenberg:



Luise Neuhaus-Wartenberg.

Foto: Internet

„Der Stufenplan von Staatsminister Piwarz wirft Fragen auf und erscheint mir wenig praktikabel. Was passiert mit Schulen, an denen Schüler*innen aus verschiedenen Stadtteilen oder Landkreisen unterrichtet werden, in denen es jeweils völlig unterschiedliche Infektionsgeschehen gibt? Dies ist insbesondere in den drei Großstädten sowie in den Berufsschulzentren der Landkreise der Fall. Es wirkt auf mich, als wenn das Kultusministerium die Verantwortung einfach auf die Schu-

len, Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen abwälzt. Ich bin überzeugt davon, dass ab September vor allem ein Plan für eine vernünftige Mischung aus Präsenz- und Fernunterricht nötig sein wird. Es rächt sich immer noch, dass es in den letzten Jahren verpasst wurde, die Digitalisierung von Lehr- und Lernmethoden voranzutreiben. Bis die Mittel aus dem Digitalpakt greifen, wird es noch Monate dauern. Leidtragende sind wieder einmal die Lehrkräfte und unsere Kinder.“

Verbindliche Standards für Lieferketten schaffen!

Im Zuge der Diskussionen um ein Lieferkettengesetz für deutsche Unternehmen fordert die Linksfraktion im Sächsischen Landtag mit einem Antrag die Staatsregierung auf, sich für eine verbindliche Sorgfaltspflicht deutscher Unternehmen im Ausland einzusetzen. (Drs 7/3269) Dazu



Antonia Mertsching.

Foto: Internet

Antonia Mertsching, Sprecherin für Nachhaltigkeitspolitik der Linksfraktion Sachsen:

„2016 stellte die Bundesregierung den Nationalen Aktionsplan für Menschenrechte vor. Schnell war klar: eine freiwillige Selbstverpflichtung deutscher Unternehmen für die Einhaltung von gesetzlichen Mindeststandards innerhalb ihrer Lieferketten im Ausland führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeiter*innen.

Es wird endlich Zeit, von der Freiwilligkeit zur Verbindlichkeit zu kommen und wirksame Maßnahmen gegen ausbeuterische Kinderarbeit in der

Kakaoproduktion für die Lieblingsschokolade umzusetzen. Gleiches gilt für die katastrophalen Umweltauswirkungen bei der Rohstoffgewinnung in Brasilien oder Südafrika.

Deutsche Wirtschaftsverbände haben lange genug Fortschritte im Bereich menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht verhindert, weil ihnen ihre Gewinne wichtiger waren. Also müssen deutsche Unternehmen Teil der Lösung werden und für bessere Arbeitsbedingungen weltweit sorgen. Mit unserem Antrag, wollen wir aus Sachsen ein Zeichen senden für mehr Verantwortung in der Globalisierung, von der wir so stark profitieren.“

Deutscher Profifußball - Testfeld oder Bühne für Machtkämpfe?

Zum vereinbarten Maßnahmenpaket der Deutschen Fußball-Liga zur möglichen Rückkehr von Fans in die Stadien erklärt Marika Tändler-Walenta, Sportpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag:



Marika Tändler-Walenta.

Foto: Internet

„Die deutschen Proficlubs haben sich gemeinsam mit der DFL auf tiefgreifende Regeln geeinigt. Gästefans werden nicht zugelassen, Alkohol wird nicht ausgeschenkt, Stehplatzbereiche dürfen nicht betreten werden und Stadionbesuche sind ausschließlich personalisiert möglich. Dies sind rabiate Eingriffe in die Stadionkultur, obwohl sich die Fans während der ersten Coronawelle vorbildlich verhalten haben.

Ich schließe mich der Kritik einzelner Vereine an und frage, ob die DFL mit diesen strengen Regeln wirklich hunderten Menschen pauschal

ihr Misstrauen aussprechen will. Die Fankultur ist eine tragende Säule im Profifußball. Ein verringertes Gästekontingent, ebenso wie Stehplätze sollten ermöglicht werden. Beispielsweise könnte es Gästeblocktickets für Dauerkartenbesitzer*innen der gastierenden Mannschaft geben. Grundsätzlich sollte es allen Fans, ob mit Dauerkarte oder nicht, ermöglicht werden ins Stadion zu gehen. Die erhobenen Daten der Zuschauer*innen in Stadien dürfen nicht an Ermittlungsbehörden weitergereicht, sondern ausschließlich zur Nachvollziehung von Lieferketten genutzt werden.“

Schulgeldfreiheit auch für Gesundheits- und Pflegeberufe!

Zum linken Antrag „Gesundheits- und Pflegeberufe durch Schulgeldfreiheit und Ausbildungsvergütungen aufwerten!“ erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag, Susanne Schaper:



Susanne Schaper.

Foto: Internet

„Der Arbeitskräftemangel in den systemrelevanten Gesundheits- und Pflegeberufen war in Sachsen schon vor der Coronakrise offensichtlich. Wir fordern in unserem Antrag die Schaffung gezielter positiver Anreize bei der Ausbildung in diesen Berufen in Form einer uneingeschränkten Schulgeld- und Lernmittelfreiheit sowie die Zahlung von Ausbildungsvergütungen. Außerdem soll die Berufsausbildung in diesen Bereichen an sächsischen Berufsfachschulen, Fachschulen und Berufsschulen in allen Qualifikationsstufen bis zu staatlichen Anerkennungen geführt werden.

Wir müssen über die einmalige Prämienzahlung im Nachgang der Corona-Pandemie hinaus weitreichende

Maßnahmen zur deutlichen Aufwertung und Anerkennung dieser Berufe treffen. Dazu müssen die Lehren aus der Corona-Krise nun in erste Schritte hin zu bleibenden Veränderungen und Verbesserungen der Ausbildungs- sowie Arbeits- und Einkommensbedingungen bei den Gesundheits- und Pflegeberufen münden. Angesichts des aktuellen Zeitraumes mit geringem Infektionsgeschehen und anstehendem Start des neuen Ausbildungsjahres sollte deshalb der Wille des Freistaates Sachsen deutlich werden, wesentliche Hemmnisse zur Aufnahme und Absolvierung beruflicher Ausbildungen in Gesundheits- und Pflegeberufen tatsächlich zu beseitigen.“

Landtag am neuen Energie- und Klimaprogramm beteiligen!

Laut Koalitionsvertrag soll das neue Energie- und Klimaprogramm noch in diesem Sommer verabschiedet werden – allerdings ohne Landtagsbeteiligung. Marco Böhme, Energie und Klimaschutzpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag erklärt dazu:

„Bislang gibt es zum neuen Energie- und Klimaprogramm (EKP) nur interne Abstimmungen im Kabinett sowie mit einigen Interessenverbänden. Dies widerspricht der Behauptung von Staatssekretär Dr. Lippold in einem Interview mit dem VVE, dass es eine breite Diskussion dazu geben soll. Wie meine Kleine Anfrage ergab, ist eine Beschlussfassung oder Diskussion im Landtag nicht vorgesehen, sondern lediglich die Kenntnisaufnahme. Dies wird zu wenig Akzeptanz führen, dabei ist diese entscheidend für das Gelingen der Energiewende.

Außerdem ist zu befürchten, dass die Koalition im EKP selbst nur wenig konkret wird. So ist derzeit völlig un-

klar, wie dem **drohenden Verlust hunderter Windenergieanlagen** begegnet werden soll, wenn diese demnächst durch Laufzeitende vom Netz gehen. Mit einem Ausbau der Windenergie ist in dieser Legislatur nicht mehr zu rechnen, wenn die Regierung die derzeitigen Regionalpläne unter dem alten Energie- und Klimaprogramm fortführt.

Zudem ist mit dem Beschluss der Einführung von starren 1000m Abstandsregeln kein Plan vorhanden, wie das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, vier GWh Erneuerbare Energien zusätzlich zu installieren, zu erreichen ist. Dies ist fatal und heißt am Ende, dass die Koalition ihre Versprechen aus dem Koalitionsvertrag nicht erfüllen wird. Wir brauchen in Sachsen endlich ein Klimaschutzgesetz, was verbindliche Maßnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaziele vorschreibt und die Bürger*innen an der Energiewende beteiligt. All dies wird es wohl mit dieser Koalition nicht geben – trotz grüner Regierungsbeteiligung.“

Soziale Gerechtigkeit ist wichtiger denn je

Sommertour der sächsischen LINKEN im August



Die sächsische LINKE tourt auch unter Beteiligung zahlreicher Landtagsabgeordneter im August durch Sachsen. Unter dem Titel „Soziale Gerechtigkeit ist wichtiger denn je“ wird die Partei vorwiegend in den Mittelzentren präsent sein. Im Zentrum steht ein Großbanner, welches auf einer fahrbaren Hebebühne präsentiert wird. Hinzu kommen weitere Formate, bei denen die Bürgerinnen und Bürger mit der LINKEN ins Gespräch kommen können. Geplant sind unter anderem

Straßencafés, klassische Infostände, Lastenradfahrten sowie Verteilaktionen.

Dazu erklärt der Landtagsabgeordnete Mirko Schultze: „Die Coronakrise hat die soziale Ungleichheit noch einmal verdeutlicht und uns vor Augen geführt mit welchen sozialen Ungerechtigkeiten Menschen im Land leben müssen. Die Lasten aus der Krise müssen von den Menschen getragen werden, die es sich leisten können.“

Persönlichkeitsrechte nicht durch Corona aushebeln

Daten von Covid-19 Infizierten wurden zentral gesammelt und an die örtlich zuständigen Polizeidienststellen weitergegeben. Dieser Sachverhalt beschäftigt derzeit die Diskussion in Medien und politischen Kreisen.

Eine Angst, die schon am Anfang der Pandemie groß war und diskutiert wurde, hat sich nun bewahrheitet, relativiert und unter dem Deckmantel des Schutzes der Bevölkerung legitimiert. Das gesamte Ausmaß hat sich nun erst mit der kleinen Anfrage der Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz aufgetan. Auch im Landkreis Görlitz wurden laut Sächsischer Zeitung vom 17.08. Daten von 7 Betroffenen an die Polizei weitergegeben.

Mirko Schultze dazu: „Es ist eine klare Überschreitung der Grenzen die personenbezogenen Daten von Covid-19 Infizierten an Polizeidienststellen weiterzuleiten; Auch im Hinblick auf



Mirko Schultze.

die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Auch für Betroffene von Covid19 gilt die Unschuldsvermutung. Die sächsische Polizei darf

nicht zum Corona Sheriff werden. Wenn hier der Damm bricht, wird die Forderung nach Gesundheitsdaten in Datenbanken von Exekutivbehörden schnell Standard werden. Lassen wir die Büchse der Pandora zu und die Polizei ihren Job machen.

Der Landkreis muss diese Praxis sofort einstellen und geeignete Maßnahmen entwickeln, um den Schutz der Bevölkerung vor Ansteckung durch Unverantwortlichkeit sicher zu stellen.

Niesky

Bauhausjahr verpasst, aber endlich da!

Ein Beitrag von Stadtrat Andreas Kagelmann

Später Erfolg eines linken Antrages im Nieskyer Stadtrat aus dem Jahr 2017. Wer Nieskys Besonderheit erkennen will, der muss nicht sehr weit zurückschauen in der jungen



Stadtgeschichte, nur bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts. Da schrieb hier bei uns der Pionier des industriellen Bauens, Konrad Wachsmann, tatsächlich Architekturgeschichte. Geschichte, die heute noch in großer Vielfalt im Stadtgebiet besichtigt werden kann und über die man im gleichnamigen Museum eine Menge erfährt. Konrad Wachsmann selbst hat über die Rolle von Niesky in seinem Schaffen gesagt: „... Alles, was dann kam und in Berlin, New York, Tokio, Chicago, London, Moskau, Paris, Rom, Zürich oder Warschau geschah, das alles begann in Niesky ...“ Es gibt also tatsächlich Erstaunliches über Niesky zu erzählen – nur fehlte es bis vor kurzem noch an überregionaler Werbung, die Neugier weckt. Jetzt steht nach vier Jahren Kampf endlich ein touristisches Hinweisschild an der A4, das auf die denkmalgeschützten Holzhäuser aufmerksam macht.

Drängen zeigt Erfolg

Die Linke hat daran – neben vielen weiteren Unterstützern – ihren eigenen wichtigen Anteil. Im Zusammenhang mit dem 275jährigen Stadtjubiläum im Jahr 2017 beantragte die linke Stadtratsfraktion, die Holzbautradition aktiver mit einer Hinweistafel an der Autobahn und einem Zusatz „Konrad-Wachsmann-Stadt“ auf den Ortseingangsschildern der Stadt zu bewerben. Der Antrag wurde nach positiver Debatte in den Verwaltungsausschuss verwiesen. Immer wieder hakte die Linke dort zum Umsetzungsfortschritt nach. Zunächst konzentrierte sich die Verwaltung auf das Autobahnschild. Das zuständige Landesamt für Straßenbau und Ver-

kehr Sachsen lehnte mehrfach einen Antrag der Stadt mit Verweis auf die fehlende Besucherfrequenz ab, um schließlich pünktlich vor dem 100jährigen Bauhausjubiläum eine Kehrtwende hinzulegen. Ende 2018 erhielt Niesky den Genehmigungsbescheid. Wer nun hoffnungsfroh mit zusätzlichen Besuchereffekten durch die Autobahnwerbung im Bauhausjahr gerechnet hatte, der wurde von einer ängstlich-trägen Rathausspitze enttäuscht.

Spendensammlung machte es möglich

Denn die Kosten für eine solche touristische Hinweistafel von rund 15000 Euro waren im Haushalt nicht geplant. Eine Spendensammlung musste die Kosten aufbringen, verspielte aber wertvolle Zeit, in der das Bauhausjahr verstrich. Zumindest wurde der Auftrag für Entwurf und Herstellung eines Schildes ausgelöst. Im Frühjahr 2020 fehlte immer noch ein geringer Betrag im Spendensäckel. Wieder monierten linke Stadträte die Zögerlichkeit der Verwaltung und forderten, den noch ausstehenden Fehlbetrag vorzuschießen und die Aufstellung des Schildes an der Autobahn zu veranlassen. Endlich – Mitte August 2020 – wurde dann auch dieser letzte Akt vollzogen. Dass die Aufstellung des Schildes schließlich wenig feierlich als Fototermin ohne Beteiligung von Stadträten vollzogen wurde, ist sicherlich nicht nur Corona geschuldet. Ob und wann es zu einem Zusatz „Konrad-Wachsmann-Stadt“ auf den Ortseingangsschildern kommt, bleibt abzuwarten. Voraussetzung dafür ist u.a. ein inhaltliches Leitbild von der Entwicklung einer Stadt. Davon ist Niesky meilenweit entfernt.

Landkreis Görlitz

Erneute Kritik an der Erarbeitung des kommenden Busfahrplanes

Ende August sollte sich der Busfahrplan im Süden des Landkreises Görlitz ändern. Doch der Kreis verschob den Fahrplanwechsel auf den 1. Januar 2021, nachdem es massive Kritik von Bürgermeistern der südlichen Gemeinden gab.

Jens Hentschel-Thöricht, Sozialpolitiker der Linksfraktion im Kreistag Görlitz, übt nun ebenfalls Kritik an der Erarbeitung des neuen Busfahrplanes. Grund dafür ist die Nichteinbeziehung des „Beirates für Menschen mit Behinderung“ sowie des „Kreissenioresrates“.

Hentschel-Thöricht nutzte sein Fragerecht als Kreisrat und fragte Landrat Lange (CDU), ob bei der Erarbeitung des neuen Fahrplanes der „Beirat für Belange von Menschen mit Behinderungen“ und/oder der „Kreissenioresrat“ um Stellungnahme zum Entwurf gebeten wurden. Die Antwort des Landrates ist bezeichnend – „Bisher noch nicht“.

Auf die zweite Frage „Wenn nicht, warum nicht?“ führt der Landrat als Grund die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie an. Weiter antwortet Lange „Die Beteiligung soll aber in den nächsten Wochen erfolgen“. Irritiert von dieser Aussage ist der Vorsitzende des Kreissenioresrates Joachim Herrmann, der von diesem Ansinnen bis zum heutigen Tage noch nichts gehört hat.

„Ist seitens der Landkreisverwaltung geplant, diese Gremien um Stellungnahmen zu bitten, wenn dies bisher nicht geschehen ist?“ – will der Zittauer Kreisrat als letzte Frage beantwortet haben. Auch diese Antwort ist bezeichnend und zugleich beschämend im Hinblick auf tatsächliche Beteiligung von Vertretern breiter Bevölkerungsgruppen. „Die Einarbeitung einer schriftlichen Stellungnahme von den beiden Gremien ist leider nicht mehr umsetzbar“, so die Antwort des Landrates.

Jens Hentschel-Thöricht abschließend: Ich finde es äußerst ärgerlich und kritisiere die Nichteinbeziehung des Beirates für Menschen mit Behinderung“ sowie des „Kreissenioresrates“ in die Erarbeitung des neuen Busfahrplanes. Landrat Lange vergibt damit erneut die Chance auf tatsächliche Beteiligung und Mitwirkung. Die widersprüchlichen Antworten – Beteiligung in den nächsten Wochen vs. die Einarbeitung schriftlicher Stellungnahmen ist nicht mehr umsetzbar – sind bezeichnend für die Wertschätzung dieser Gremien.

DIE LINKE im Kreistag Görlitz bitet daher alle Bürgerinnen und Bürger um Zusendung von Änderungswünschen bezügliches des Busfahrplanes, wir werden uns dafür einsetzen.

Landkreis Görlitz

Schwimmunterricht rettet Leben

Linke sieht Landkreis in der Pflicht Lösungen zu finden

Aufgrund der Corona-Krise ist der Schulschwimmunterricht im zweiten Halbjahr ausgefallen und wird nicht nachgeholt. Der Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion und Görlitzer Landtagsabgeordnete Mirko Schultze meint dazu: „Es kann nicht sein, dass der notwendige Schwimmunterricht nun ersatzlos wegfällt. Klar gibt es Möglichkeiten, wie Kinder dennoch das Schwimmen lernen – aber die knapp 80 Euro muss man sich erst einmal leisten können. Für viele Eltern mit nur geringen Einkommen ist das auf jeden Fall kein Pappenstiel – gerade weil dort auch Covid-19 be-

dingt notwendig gewordener Nachhilfe häufiger noch Mehrkosten auf die Familien zukommen.

Deshalb muss der Landkreis und der Zweckverband jetzt handeln und Lösungen finden wie der ausgefallene Unterricht für die Kinder ausgeglichen und schwimmen gelernt werden kann, ohne die Eltern dabei mehr zu belasten.“ Um sich über die Problematik weiter zu informieren möchte Mirko Schultze sich in den nächsten Tagen mit den Görlitzer Sportvereinen die Schwimmkurse anbieten und der Leitung des Schulschwimmzentrums treffen.

Stefanie Wendt

OV Zittau:

Gedenken als Ausdruck des friedlichen Miteinanders

Am 29. August legten Vertreter der LINKEN um 10 Uhr an der „Wache“ in Waltersdorf (nahe Hauptstraße 165, am Grenzübergang nach Horní Svetlá) einen Kranz am Denkmal für die Verteidiger der tschechischen Republik nieder.



Am 12. September 1938 sprach Adolf Hitler auf dem Nürnberger Reichsparteitag, was das Signal für den Ausbruch eines Aufstandes der tschechischen Deutschen (Sudetendeutsche) war.

„Am 22. September 1938 nachmittags überfielen schwerbewaffnete Henlein-Anhänger (Sudetendeutschen Freikorps) das hiesige Zollamt. Eine Hand voll Angehörige der tschechoslowakischen Finanzwache, die das Zollamt bewachte, musste sich vor der bedeutenden Übermacht nach Dolní Svetlá zurückziehen. In der Nacht vom 22. auf den 23. September kam es zu einem heftigen Gefecht gegen die immer noch dreifache Übermacht der Faschisten.“

Die Vertreibung der Henlein-Faschisten gelang. In der Gemeinde Horní Svetlá wurde im Jahr 2003 ein Denkmal errichtet, dass an den mutigen Kampf der Verteidiger der tschechischen Republik an der tschechisch-deutschen Grenze im Jahr 1938 erinnert. Der heutige 29. August ist auch der Jahrestag des Beginns des Slowakischen Nationalaufstandes. Er war das Fanal für den militärischen Widerstand gegen das faschistische Regime in der Slowakei und gleichzeitig für die Befreiung der Tschechoslowakei von der faschistischen Tyrannei. Er war aber auch Ausdruck des zutiefst internationalistischen Wesens des antifaschistischen Widerstandes.

Jens Hentschel Thöricht endete mit den Worten:

„Deshalb rufen wir von diesem historischen Ort aus alle Genossen, Freunde und Gleichgesinnten auf: Kämpfen wir weiter gemeinsam gegen Krieg, Faschismus und Ausbeutung. Kämpfen wir gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit.“

Wir haben erfahren, dass unsere

Genossin Gisela Pfenniger

(geb. 4.1.1931) am 22. August 2020 in Stolpen verstorben ist. Gisela lebte viele Jahrzehnte, bis zu ihrem altersbedingten Umzug zur Familie nach Stolpen im Jahr 2019, in Görlitz. Bis zum Umzug war Gisela eine rastlose und vielseitig interessierte Genossin, die aktiv am Partei- aber auch am Kulturleben von Görlitz teilnahm. Besonders gern diskutierte sie mit jungen Menschen, denen sie zuletzt immer stärker ihre besondere Friedenssehnsucht zu vermitteln suchte, die aus ihren eigenen bitteren Weltkriegserfahrungen u.a. aus der Bombennacht am 13. Februar 1945 in Dresden resultierte. Gisela fehlt. Wir haben viel von ihr gelernt.

OV Görlitz

OV Görlitz

Linke erinnern an Weltfriedenstag

Am 1. September wurden alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, um 14:00 Uhr an der Görlitzer Altstadtbrücke gemeinsam mit der stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Caren Lay und DIE LINKE. Görlitz an den Weltfriedenstag zu erinnern.

„Nie wieder Krieg – soziale Sicherheit statt Aufrüstung und Konfrontation“ ist die Botschaft, die an diesem Tag von der deutsch-polnischen Grenze gesendet wurde.

Als LINKE fordern wir die Einhaltung der Verpflichtung des Grundgesetzes und eine Politik, die auf Deeskalation und Entspannung statt auf das Schüren von Konflikten setzt. Wir sagen es mit den Worten des Friedensnobelpreisträger Willy Brandt:

„Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.“ Die Bundesregierung muss deshalb die Bundeswehr aus Afghanistan, Irak und Mali zurückholen, aber auch den USA die Nutzung ihrer Militärbasen in Deutschland für ihre Drohnenkriege und die Vorbereitung eines Krieges gegen den Iran versagen.

Rüstungsexporte, bei denen der Tod tausender Menschen billigend in Kauf genommen wird, müssen verboten werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich auf Abrüstung zu setzen und den Verteidigungshaushalt nicht zur Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO zu erhöhen. Wir brauchen kein Geld für neue Panzerarmeen, Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge, sondern

Investitionen in einen starken Sozialstaat, soziale Sicherheit, in die Infrastruktur und in einen sozial-ökologischen Umbau angesichts der durch den Klimawandel erzeugten Katastrophen. Außerdem fordern wir wirksame Entspannungsbemühungen gegenüber Russland. Die politisch gescheiterten und wirtschaftlich unsinnigen Sanktionen gegenüber Russland müssen aufgehoben werden. Nicht nur angesichts der heraufziehenden Rezession sind die Sanktionen in hohem Maße unverantwortlich. Auch langfristig sind gute Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Russland wichtig für unser Land. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie einer weiteren Konfrontationspolitik gegenüber Russland eine klare Absage erteilt und auf diplomatische Lösungen, die Schaffung von zivilgesellschaftlicher Kooperation und eine Intensivierung des wirtschaftlichen Austausches setzt. Wir setzen uns für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, die Beendigung der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO durch die Bundesregierung und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags der Vereinten Nationen ein. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland. Der 1. September ist Anlass und Verpflichtung, sich stark zu machen gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisation und für Kooperation, Austausch und zivile Konfliktbewältigung. Damit eine friedlichere Welt möglich wird.“

Wenige Monate nach seiner lieben

Frau **Margot Klämt** (verst. 12.02.2020)

ist unser langjähriger verdienter Genosse

Alfred Klämt aus Zittau

30.10.1929 – 05.08.2020 verstorben.

Alfred war ein engagierter und kritischer Genosse und beteiligte sich nach Kräften an der Arbeit der Partei in Zittau. Wir werden ihr Andenken bewahren.

DIE LINKE OV Zittau, BO Zittau 10

Mit ihren Angehörigen trauern wir um unsere verstorbene Genossin

Christa Ratzka aus Löbau 29.12.1929 – 04.08.2020

Christa hat sich viele Jahre in der Seniorenarbeit der PDS im Bereich Löbau engagiert. Sie war vielen älteren Genossinnen und Genossen eine vertraute Gesprächspartnerin und nahm nach Kräften an Leben der Basisorganisation teil. Wir werden ihr Andenken bewahren.

DIE LINKE Bereich Löbau.

BO Löbau Nord 1

Ein Jahr Freie Alternative Schule (FAS) in Weißwasser ein Beitrag von Friederike Böttcher

Begehrte Schulplätze - Zwergenschule freut sich auf Schulstart!



Natürlich wäre es wunderbar, wenn das staatliche Schulangebot derart vielfältig wäre, dass Eltern die von ihnen für ihr Kind favorisierte bewährte Lehrmethodik auswählen könnten. Bis dahin scheint es allerdings noch ein langer Weg. Und so bleibt Eltern vorerst nichts anderes übrig, als ihre Wunschschule selbst zu gründen.

Eltern gründen ihre Wunschschule selbst

Aber dafür muss man ein dickes Brett bohren, denn bevor eine solche Schule überhaupt beginnen kann, durchläuft das Schulgründungsteam ein Genehmigungsverfahren. Und dieses ist kompliziert, aufwendig, teuer, intransparent und nicht selten ziemlich willkürlich. Um hier mehr Fairness in den Verwaltungsakt einziehen zu lassen, entstand 2018 das Netzwerk Sächsischer Schulgründungsinitiativen, kurz NESSI. Unter den Gründungsmitgliedern war auch das Team der FAS Weißwasser. Gemeinsam im Netzwerk mit anderen sächsischen Schulen und Initiativen wurde es möglich, dass 2019 in Weißwasser die Freie Alternative Grundschule entstand. Eine Besonderheit, denn eine Zwergenschule (die Schule wird insgesamt nicht viel mehr als 30 Schüler haben) mit ihrem innovativen pädagogischen Konzept ist bei weitem eher eine Seltenheit, be-



Eröffnung der Freien Alternativen Schule im Jahr 2019.

Foto: privat

sonders im ländlichen Raum. Gerade die Finanzierung von Freien Schulen ist in Sachsen ein Knackpunkt, denn diese erhalten 10% weniger finanzielle Unterstützung als staatliche Schulen und werden damit gezwungen Schulgeld zu erheben. Die FAS Weißwasser hat deswegen eine ganz besondere soziale Schulgeldberechnung, die Mehrverdiener gegenüber Geringverdienern zu höheren Beiträgen verpflichtet. Auch Härtefallanträge können gestellt werden und eine Schulgeldbefreiung bewirken. Damit will der Schulträger allen Familien gleichermaßen ermöglichen, unabhängig vom Einkommenshintergrund der Eltern ihre Kinder auf die FAS zu geben. „Am wichtigsten ist uns, dass die Eltern vom Konzept überzeugt sind.“, sagt Ursula Eichendorff, welche sich die Schulleitung mit zwei weiteren Lernbegleitern teilt „Kinder, Lernbegleiter und Eltern müssen sich einig sein und an einem Strang ziehen, damit die Kinder die besten Entwick-

lungsvoraussetzungen erhalten.“ so Ursula Eichendorff. Das erste Jahr ist nun um und das Fazit der Schule ist ein „voller Erfolg“. „Die Kinder lieben ihre Schule und wir haben sehr viel gutes Feedback aus der Elternschaft bekommen“, resümiert Friederike Böttcher, ebenfalls in der Schulleitung und Lernbegleiterin. „Natürlich ist das Konzept eine Herausforderung an unsere Fähigkeiten und wir lernen unglaublich viel dazu, aber es hat sich eindeutig bewährt.“

Neue Schule bereits in Augenschein genommen

Im August kommen die neuen Schüler. Sie kennen die Schule bereits von Hospitationstagen, an denen sie ihre Schule im Vorfeld schon einmal erproben konnten. „Das wird natürlich spannend für die Kinder und auch die Lernbegleiter“ so Friederike Böttcher, aber sie freut sich darauf. Für eine ge-

lingende Schuleinführung haben sich die „alten“ Schüler*innen ein besonderes Willkommen für ihre „Neuen“ einfallen lassen.

Die Schule ist begehrt

Für Interessierte gilt bereits jetzt: Die Schule ist begehrt. Wer einen Schulplatz haben möchte muss sich beeilen, denn die Plätze „gehen weg wie warme Semmeln“, so die Schulleiterinnen. Das verweist gesellschaftlich auf steigende Erwartungen von Eltern an eine grundlegend andere Schule mit weniger Stress und Paukerei, dafür mit mehr Freiräumen für kreative, lebenspraktische Lern- und Entdeckerfreude. Anfragen abzulehnen sei ein hartes Brot und das Schulteam der FAS hofft, dass die Zukunft mehr Schulwahlmöglichkeiten für Eltern mit sich bringt. Sie haben sich noch die Gründung einer Oberschule vorgenommen, damit das Konzept auch bis zur 10. Klasse von Kindern gelebt werden kann. Wachsen wollen sie darüber hinaus aber nicht. Sie werden klein bleiben, klein aber fein. Wer sich mehr Reformpädagogische Schulplätze in der Region wünscht, hat die Möglichkeit selbst eine Schule zu gründen, oder besser noch darauf hinzuwirken, dass sich das staatliche Angebot erweitert. Die Akteure der FAS Weißwasser wird jede dieser Ideen unterstützen.

„Schicksal Treuhand - Treuhand Schicksale“

- ein Beitrag von Marko Schmidt.

Noch bis zum 13. September wird die Ausstellung „Schicksal Treuhand - Treuhand Schicksale“ der Rosa Luxemburg-Stiftung (RLS) im Abgeordnetenbüro „Rote Rosa“ und in der Stadtwerkstube, Rosa-Luxemburg-Straße 17 und 21 (2. Ebene Boulevard), in Weißwasser gezeigt (mittwochs von 15 bis 18 Uhr und sonntags von 10 bis 15 Uhr).

Die RLS lässt in dieser Wanderausstellung Zeitzeug*innen zu Wort kommen, deren Lebensgeschichte durch das Agieren der Treuhandanstalt unmittelbar beeinflusst wurde.

Die Landtagsabgeordnete Antonia Mertsching kommentiert: „Wir freuen uns sehr, diese beeindruckende Aus-



Präsentation in der „Roten Rosa“

stellungen mit den politischen Hintergründen.“

Frank Lublow, Citymanager in Weißwasser: „Wir stellen die Stadtwerkstube gern für die Ausstellung zur Treuhand zur Verfügung. Auch in Weißwasser hat der wirtschaftliche Umbruch immense Folgen gehabt, viele persönliche Schicksale sind damit verbunden.“

Foto: Heike Krahl

stellung in Weißwasser zeigen zu können. Auch 30 Jahre nach der Wende sind die Entbehrungen des damaligen

Wirtschaftskollapses nicht vergessen. Die Ausstellung verbindet dabei die persönlichen Geschichten der Betrof-

(Fortsetzung auf Seite 12)

(Fortsetzung von Seite 11)

„Schicksal Treuhand - Treuhand Schicksale“

Wir hoffen mit der Ausstellung alle Generationen der Stadt zu erreichen: sowohl diejenigen, die es selbst erlebt haben, als auch diejenigen, die damals zu jung oder noch nicht geboren waren.“ Es werden im September zwei Erzählcafés organisiert, in denen der Austausch zu Erfahrungen rund um die Treuhand aus dem Raum Weißwasser im persönlichen Rahmen stattfinden soll. Über die konkreten Termine wird rechtzeitig informiert.

Eine gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), des Abgeordnetenbüro «Rote Rosa» von Antonia Mertsching (MdL) und der RLS Sachsen. Allgemeine Informationen: <https://www.rosalux.de/dossiers/1989-aufbruch-insungewisse/schicksal-treuhand-treuhand-schicksale> Veranstaltungen während der Ausstellung in Kürze unter: www.sachsen.rosalux.de.

Den Strukturwandel gemeinsam gestalten!

Marko Schmidt mit einem Rückblick zur Diskussion in Cottbus

Auf Einladung des Kreisverbandes DIE LINKE. Lausitz diskutierten wir am 4. August verschiedene Instrumente für die Bürgerbeteiligung beim Strukturwandel in der Lausitz. Die Veranstaltung war bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele linke Landespolitiker*innen, Kommunalvertreter*innen und Engagierte sowie Personen der Zivilgesellschaft haben teilgenommen und rege mitdiskutiert.

Oliver Wiedmann (Mehr Demokratie e.V.) berichtete von guten Beispielen von Bürgerräten. Zufällig ausgeloste Personen debattieren in einem geschützten Raum ein gesellschaftlich kontroverses Thema über ein Jahr - und geben Politik und Gesellschaft eine Entscheidungsempfehlung.

Gesine Schwan und Katja Treichel (beide Humboldt-Viadrina Governance Platform) stellten ihre Idee des Dialogs vor: Amt- und Mandatsträger*innen, Wirtschaftsvertreter*innen und Vertreter*innen organisierter Zivilgesellschaft bilden einen Beirat



Präsidium auf Abstand.

in der Kommune, um zum Beispiel Fragen der strategischer Entwicklung vor Ort zu diskutieren und Handlungsempfehlungen zu geben.

In jedem Fall braucht die repräsentative Demokratie in unserem Land neue Formen demokratischer Aushandlungsprozesse. Die Einbindung der Menschen vor Ort darf nicht unberücksichtigt bleiben. Bereits jetzt ist die Entscheidungsfindung für viele Bürger*innen intransparent und sie haben keine Möglichkeit effektiv ihre Stimme einzubringen.

Foto: Marko Schmidt „Bürgerregion Lausitz“ zu gründen.

Dazu werden wir auf kommunaler und parlamentarischer Ebene alles tun, damit die Bürger*innen der Lausitz in einem breiten Rahmen an den Entscheidungen der lokalen und regionalen Entwicklung beteiligt sind.

Aktuelle Informationen dazu sind auf der Homepage unsere Landtagsabgeordneten, Antonia Mertsching, abrufbar: <https://www.antoniamertsching.de/beteiligung-der-buergerinnen-21>. Dazu braucht es neuen Mut und Experimentierfreude.



Aufruf zur Solidarität gegen die mörderische Blockadepolitik der USA

Jedes Jahr wird anlässlich der UNO-Vollversammlung in New York über eine Resolution abgestimmt, welche die Aufhebung der von den USA seit fast 60 Jahren gegen die Insel verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade fordert.

**Corona bedingt
auf Mai 2021 verschoben.**

Seit Jahren wird sie von der überwiegenden Mehrheit angenommen. Am deutlichsten 2016 mit 191:0, als sich selbst die Obama-Administration nicht gegen die Resolution aussprach. Seit Trumps Präsidentschaft hat sich die Situation auch in der UNO verschlechtert. In der letzten Abstimmung von 2019 brachten die USA neben Israel auch Brasilien zu einem Nein sowie Kolumbien und die Ukraine zur Stimmenthaltung, bei einer noch immer überdeutlichen Annahme der Resolution von 187:3.

Diese Blockadepolitik hat immer dramatischere Folgen für die Bevölkerung

in Kuba: Geldüberweisungen von Familienangehörigen werden verunmöglicht, auswärtige Unterstützung für Gesundheitsprojekte wird verhindert, wichtige Medikamente können nur auf Umwegen und übersteuert importiert werden, das Transportwesen muß massiv eingeschränkt werden.

Der Gipfel der moralischen Verelendung des gegenwärtigen US-Regimes

eine Gesetzesvorlage einreichen, mit der Druck auf Länder ausgeübt werden soll, die kubanisches Medizinpersonal ins Land geholt haben.

Die europäischen Regierungen belassen es derweil bei wohlfeilen Worten oder hüllen sich in Schweigen und werden in keiner Weise aktiv gegen die US-Blockade.

Die Initiatoren (darunter Cuba si) for-

Wir rufen deshalb im Vorfeld der nächsten UN-Abstimmung zu einer großen Solidaritätsaktion für Kuba und gegen die Blockade auf! Gemeinsam wollen wir – Kuba-Solidaritätsgruppen, fortschrittliche Organisationen und Medien aus der BRD, Österreich, der Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Spanien, Frankreich, Tschechien, Slowenien und weiteren europäischen Ländern – die Aufmerksamkeit auf die von Washington betriebene Eskalation lenken, um die US-Administration und deren europäische Zuhörer unter Druck zu setzen. Mit Großplakaten, Radiospots, Werbung in Zeitungen und Social Media-Kanälen, Veranstaltungen und Kundgebungen konzentriert in den Hauptstädten unserer Länder wollen wir das Totschweigen der Blockade seitens der dominierenden Medien durchbrechen und unübersehbar auf die Folgen solch verbrecherischer Politik aufmerksam machen.

Unterstützt die europaweite Solidaritätsaktion durch Geldspenden!

Unblock Cuba!
Wirtschaftskrieg gegen Cuba beenden!

zeigt sich mit der Corona-Pandemie: Trotz der eigenen Probleme schickt Kuba 3.000 medizinische Mitarbeitende in 28 (auch europäische) Länder, um bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie mitzuhelfen.

Aussenminister und Ex-CIA-Direktor Mike Pompeo bezeichnet dies als «Menschenhandel», worauf republikanische Hardliner im US-Kongress

dem, dass dem Votum gegen die Blockade bei der 29. Auflage der Resolution in der 75. UN-Vollversammlung endlich auch konkrete Taten folgen: Der Kriechgang in Europa vor völkerrechtsverletzendem US-Faustrecht darf nicht länger geduldet werden! Schluss mit den Aggressionen gegen souveräne Staaten in Lateinamerika und anderswo.

Nachbetrachtung: 50 Jahre Moskauer Vertrag

Beginn eines historischen Entspannungsprozesses in Europa

Im Moskauer Vertrag, unterzeichnet am 12. August 1970, verpflichteten sich die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und den Entspannungsprozess zu fördern, damit sich die Lage in Europa normalisiert. Dabei wollen sie sich von der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen und ihre Konflikte friedlich lösen. In diesem Sinne verpflichten sich die beiden Staaten, die bestehenden Grenzen der europäischen Staaten zu achten und keine Gebietsansprüche gegen irgendjemanden zu erheben. Insbesondere werden die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze der Volksrepublik Polen und die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland als unverletzlich erklärt. Der Vertrag wurde für die Bundesrepublik von Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel, für die UdSSR von Ministerpräsident Alexei Kossygin und Außenminister Andrej Gromyko unterzeichnet.

Der parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Jan Korte, dazu: „Vor 50 Jahren wurde mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im Katharinensaal des Kremls Weltpolitik geschrieben. Mit



Unterzeichnung der Verträge: links Willy Brandt und recht Alexej Kossygin.
Fotos: Internet

dem Moskauer Vertrag akzeptierte die sozialliberale Bundesregierung unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und Außenminister Walter Scheel (FDP) erstmals die Ergebnisse des Hitlerkrieges: Sie machte mit den Gebietsforderungen gegen die UdSSR und Polen Schluss und erkannte die Oder-Neiße-Linie mit 20 Jahren Verspätung als Grenze zwischen Polen und Deutschland an.

Historischer Bruch mit Revanchepolitik der BRD

Der Bruch mit zwei Jahrzehnten Bonner Revanchepolitik war historisch, aber alles andere als einfach. Widerstand dagegen gab es keineswegs nur im rechten Spektrum, das mit Parolen wie „Brandt an die Wand“ Stimmung machte, sondern auch in der SPD.

Denn noch zu Zeiten ihres Vorsitzenden Kurt Schumacher waren es gerade die Sozialdemokraten, die mitunter am lautesten nach Breslau und Königsberg schrien. Um die Schwierigkeiten zu ermesen, die Brandt und Scheel zu überwinden hatten, muss man sich vor Augen halten, dass folgende Erklärung des 1. Deutschen Bundestages im Jahr 1970 nicht aufgehoben oder außer Kraft gesetzt war: In seiner 85. Sitzung am 14. September 1950 hatte der Bundestag in einer gemeinsamen Erklärung fast aller Fraktionen – einzige Ausnahme die KPD-Fraktion – beschlossen, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zum „Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit“ zu erklären. Die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze ist eine tragende Säule der Friedensordnung in Europa. Ihr Zu-

standekommen ist insbesondere Willy Brandt zu danken. Dafür gab es den Friedensnobelpreis und daran sollte erinnert werden. Von Seiten der Bundesregierung hört man dazu leider: Nichts!“

Am 19. November 1972 fand die Bundestagswahl 1972 statt. Die SPD erhielt – bei einer Wahlbeteiligung von 91,1 Prozent – 45,8 Prozent der Stimmen (3,1 Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl 1969); die FDP erhielt 8,4 Prozent (2,6 Prozentpunkte mehr als 1969). Dies war der höchste Wähleranteil, den die SPD jemals (Stand 2019) erzielte. Dieses Wahlergebnis kann als Zustimmung erheblicher Teile der bundesdeutschen Bevölkerung zur Ostpolitik Brandts und Scheels bzw. der Regierung Brandt gedeutet werden. (red.)



Eine große Anzahl von Menschen der BRD standen hinter Willy Brandt und den ausgehandelten Verträgen.

Trump ein „Friedensengel“?

Gedanken nicht nur zum 1. September 2020 von H. Gläß

Sicher stutzt jeder bei dieser Überschrift. Aber als der US-Präsident den Abzug von 12.000 US-Soldaten aus Deutschland ankündigte, immerhin ein Drittel der hier stationierten amerikanischen Truppen, konnte man als Friedensbewegter Mensch eigentlich froh sein. Auch wenn die Begründung: „Deutschland zahle Russland jährlich Milliarden Dollar für Energie“ (Nord Stream 2 ist wohl gemeint d.A.), „während die USA Deutschland vor Russland beschützen solle.“ typische Trump-Logik ist Ja, noch sind derzeit 36.000 US-Soldaten in Deutschland stationiert. (Warum eigentlich? Waren die sowjetischen/russischen Truppen nicht schon 1994 vom Territorium der Ex-DDR abgezogen – um nicht zuzusagen raus-

geschmissen worden?) Nun gut, Deutschland ist NATO-Mitglied und so sind auch NATO-Truppen hier in Kasernen. Der geplante Truppenabzug stößt natürlich auf Widerstand im US-Parlament. Mit Enttäuschung und Kritik haben aber auch deutsche Politiker und die betroffenen Bundesländer auf den angekündigten Teilrückzug von US-Truppen reagiert. Der CDU-Außenexperte Norbert Röttgen meinte die US-Regierung handle mit dem Schritt gegen ihre eigenen Interessen. „Statt der Stärkung der NATO führt der Truppenabzug zu einer Schwächung des Bündnisses“, warnte Röttgen. Für die Regionen um die US-Stützpunkte geht es insbesondere um wirtschaftliche Aspekte. Allein in Rheinland-Pfalz

werden mehr als 7000 deutsche Ortskräfte von den US-Streitkräften beschäftigt, in ganz Deutschland sollen es 12.000 sein. Daneben hängen tausende weitere Arbeitskräfte vor allem in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern an den US-Truppen. So generiert der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein Schätzungen zufolge jedes Jahr zwei Milliarden US-Dollar an Löhnen, Gehältern, Mieten und Aufträgen in der regionalen Wirtschaft. Von den 12.000 Soldaten kehren ja auch nur 6.500 in die USA zurück, die anderen werden auf andere NATO-Länder in Westeuropa verteilt. Besonders pikant aber ist die Tatsache, dass der polnische und us-amerikanische Außenminister sofort eine

Vertrag unterzeichnet haben, dass 1.000 der aus Deutschland abgezogenen Soldaten in Polen stationiert werden sollen.

Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer forderte die USA auf, bei einer möglichen Truppenverlegung von Deutschland nach Polen Nato-Vereinbarungen mit Russland einzuhalten. Sie erinnerte die amerikanischen Verbündeten an die Nato-Russland-Akte aus dem Jahr 1997, in der die Nato auf eine dauerhafte Stationierung „substanzialer Streitkräfte“ in den einstigen Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts oder der Sowjetunion verzichtet. Von den LINKEN haben wir noch nichts zu diesem Thema gehört.

Vor Ort - Termine im Landkreis Görlitz

All diese Termine sind natürlich vorbehaltlich der Entwicklung des Coronavirus und der Entscheidungen der Bundes- und Landesregierung.

OV Görlitz

Ständige Termine im OV:

1. Dienstag im Monat: 18:00 Uhr
Informationstag

jeden Dienstag: 17:30 Uhr
Treffen der Linksjugend SOLID

Änderungen sind immer möglich, wenn notwendig oder sinnvoll!

Veranstaltungsinformation

„Internationale Friedenspolitik“ mit Jan van Aken

Am 21. September um 19 Uhr beginnt die Diskussion im Bürgerbüro Schulstraße 8, Görlitz. Aufgrund des begrenzten Platzes wird die Veranstaltung live im Internet übertragen. Die Details zur Veranstaltung und der Internetübertragung folgen durch die Ortsvorsitzenden.



OV Niesky

Liebe Genossinnen und Genossen, im Namen des Kreisvorstandes Die LINKE. im Kreisverband Görlitz lade ich die Mitglieder und Sympathisant*innen des Ortsverbandes Niesky zu unserer ersten Nach-Corona-Gesamtmitgliederversammlung im Jahr 2020 ein.

Als Gast erwarten wir den Vorsitzenden der Kreistagsfraktion und MdL, Gen. Mirko Schultze, der über die Situation im Landkreis berichten wird. Außerdem informieren unsere Nieskyer Stadträte über ihre kommunale Arbeit.

Die Versammlung findet statt am Montag, dem 21. September, 17.00 Uhr, im Bürgerhaus Niesky, Spreezimmer.

Achtung: Bitte denkt an die Corona-Bestimmungen. Nasen-Mundschutz bitte mitbringen.

Mit solidarischem Gruß

Kathrin Kagelmann,

Stellv. Vorsitzende KV

BO Löbau und Oberland

01.09. 10.00 Uhr Altmarkt
Informationsstand und Aktion aus Anlass des Weltfriedenstag

03.09. 17.00 Uhr Rathaus
Beratung der Stadtratsfraktion

08.09. 16.00 Uhr bei Fam. Weidauer, Löbau, Damaschkestr. 10
Beratung des Rates der BO-Vorsitzenden Löbau

22.09. 17.00 Uhr Gaststätte Brauerei Ebersbach
Mitgliederversammlung der BO Oberland

Vorschau Oktober 2020

06.10. 16.00 Uhr bei Fam. Weidauer, Löbau, Damaschkestr. 10
Beratung des Rates der BO-Vorsitzenden Löbau

OV Zittau

09.09. 10.00 Uhr
Ortsvorstand
im Zittauer Büro der LINKEN

09.09. 13.00 Uhr
Die Beratung der Basisvorsitzenden
im Zittauer Büro der LINKEN

16.09. 15.00 Uhr
AG Cuba Si im Zittauer Büro der LINKEN

Vorschau Oktober

07.10. 10.00 Uhr
Ortsvorstand
im Zittauer Büro der LINKEN

07.10. 13.00 Uhr
Die Beratung der Basisvorsitzenden
im Zittauer Büro der LINKEN

28.10. 15.00 Uhr
AG Cuba Si im Zittauer Büro der LINKEN

Kreisvorstand

Termin Information:

Kreisparteitag
des Jahres 2020
am
7. November

OV Region Weißwasser

7.09. 17:00 Uhr

GMV mit Buchlesung
Alle Teilnehmer werden gebeten, vorab von 15:30 – 16:30 Uhr die Ausstellung die Treuhand-Ausstellung „Schicksal Treuhand – Teuhand Schicksale“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den Räumen des Abgeordnetenbüros Rote Rosa als auch in der Stadtwerkstube zu besichtigen.



Die Ausstellung ist eine Kooperation zwischen der Stadtwerkstube Weißwasser, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

8.09. 14:00 -16:00 Uhr
Friedenspanzer in Weißwasser am Infostand der LINKEN an der Berliner Kreuzung „Bomben und Panzer schaffen keinen Frieden“

15.09. 10:00 Uhr
Treffen Ortsvorstand

Ab September bietet der Ortsverband jeden 3. Dienstag im Monat Gespräche bei einer Tasse Kaffee und Diskussionsrunden zu aktuellen politischen Themen an.
Ort: Abgeordnetenbüro Rote Rosa
Zeit: 14:30 – 16:30 Uhr

Geplant hat der OV Weißwasser eine Sitzung mit der Fraktion der Stadt Weißwasser mit der Zielstellung, im Tierpark einen Arbeitseinsatz gemeinsam mit dem Tierparkverein zu planen und durchzuführen.

„Wenn Sterne untergehen“

Wir laden die Bürger*innen herzlich zu diesem interessanten Event **07. September um 16:30 Uhr im Bürgerbüro „Rote Rosa“** in der Rosa Luxemburg Straße 17 in Weißwasser ein.

Veranstaltungsinformation

Lesung „Poniemieckie“ mit Karolina Kuszyk



Karolina Kuszyk
Poniemieckie

Am **11. September um 19 Uhr** wird eine moderierte Lesung mit anschließenden Gesprächstischen zu dem Buch „Poniemieckie“ der Autorin Karolina Kuszyk im Schlosssaal des Neuen Schlosses, Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau, stattfinden. Die Veranstaltung findet auf polnisch und deutsch statt.

BUCHTIPP

DAS GIFT
DER UNGLEICHHEIT

„Das 21. Jahrhundert droht ein Jahrhundert der extremen Ungleichheit zu werden.“ Und die Corona-Pandemie werde den Ungleichheitstrend verschärfen. Davor warnt Dierk Hirschel, seit 2010 verdis Chefökonom, in seinem lesenswerten Buch. Er hat akribisch nach Ursachen und Auswirkungen von Ungleichheit geforscht und hat dabei die wichtigsten Politikfelder in Deutschland im Blick. Er belegt hier analytisch den Kapitalismus mit seinen Mechanismen als die Triebfeder der

Ungleichheit und Verursacher von Krisen. Die Folge: Die Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen, Bildungschancen und Daseinsvorsorge wächst unaufhörlich. Mit einem Rückblick auf die Nachkriegszeit skizziert der Autor einen gezähmten Kapitalismus mit korporativen Arbeitsbeziehungen, starken Gewerkschaften und Reformpolitik. Das änderte sich mit neoliberaler Politik ab den 1980er Jahren auf allen Politikfeldern mit den Kanzlerschaften von Kohl und Schröder: Hirschels Befund: Der „Rheinische Kapitalismus 2.0“ ist ein entfesselter, sozial und ökologisch blinder Kapitalismus und hat die Ungleichheit stärker vorangetrieben. Zu den Verursachern zählt er auch die SPD als einst engen Verbündeten der Gewerkschaften. Er kritisiert die Gewerkschaftsbewegung, weil sie es nicht vermochte, dem Umbau der Betriebs- und Arbeitsmarktstrukturen organisierend zu folgen. Aber er sieht sie heute mehr denn je in der Lage, Gegenmacht aufzubauen. „Die kollektive Interessenpolitik der Arbeit hat ihre geschichtliche Energie nicht verbraucht“, mahnt Hirschel und ermuntert zu neuen Wegen in der gewerkschaftlichen Alltagspraxis. In der Quintessenz plädiert er in einer „Agenda fortschrittlicher Politik“ für ein stärkeres Miteinander von Gewerkschaften heißt sozialfortschrittlichen Parteien, Umweltverbänden und sozialen Initiativen. Ein Aufbruch in eine gerechte umweltfreundliche Gesellschaft sei möglich.

DIERK HIRSCHEL:
DAS GIFT DER UNGLEICHHEIT,
VERLAG J.H.W. DIETZ, BONN,
256 SEITEN, 22 EURO,
ISBN 978-3801205706

BUCHTIPP



Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat

Im Vorwort von Matthias Martin Becker heißt es:

Das Virus ist über uns hereingebrochen wie ein Unwetter. Eine Naturkatastrophe, so scheint es, überfällt die Menschheit aus dem Hinterhalt. »So schutzlos, so kollektiv machtlos hat man homo sapiens im Ange-

sicht einer Naturgefahr in der modernen Welt noch nicht erlebt«, dichtete Anfang April 2020 Joachim Müller-Jung, Redakteur der FAZ. »Höhere Gewalt« heißt es wohl in solchen Fällen. Der Ausdruck schließt persönliche Verantwortung von vornherein aus. Ein grausames Schicksal, sicher, aber eben doch: Schicksal.

Nichts könnte der Wahrheit fernerliegen. Die COVID-19-Pandemie trifft die Menschheit nicht gleichermaßen – wie so oft ist Armut das größte Gesundheitsrisiko. Sie hat politische und wirtschaftliche Ursachen, und überraschend ist diese Pandemie nun wirklich nicht. Epidemiologen und Biologen warnen seit mittlerweile zwei Jahrzehnten vor dem nächsten großen Seuchenzug um die Erde. Nun handelt es sich um ein zoonotisches Coronavirus aus Südchina – genau auf diese Konstellation hätten die meisten Experten ihr Geld verwettet. Seit den 1980er Jahren beobachten sie eine stärkere Dynamik bei den Infektionen. Die Krankheitserreger gehen häufiger von tierischen auf menschliche Wirte über. ...

Seitdem Menschen sesshafte Landwirtschaft betreiben, kommt es immer wieder zu tödlichen Epidemien. Aber warum nehmen diese Infektionen heute die Form weltweiter Pandemien an, so wie es bei COVID-19, SARS, MERS oder der Vogelgrippe der Fall war? Warum häufen sie sich – und was lässt sich dagegen unternehmen?

Der US-amerikanische Biologe Rob Wallace erklärt, wie Pandemien entstehen und warum sie sich global ausbreiten. In seiner Analyse berücksichtigt er die evolutionäre Dynamik der Krankheitserreger ebenso wie die gegenwärtigen ökologischen und ökonomischen Strukturen. Die Ursache von COVID-19 sieht er in weltweit schwindender Biodiversität, Landübernutzung und Massentierhaltung, kurz: im herrschenden kapitalistischen Nahrungsregime. Und solange der ökologische Raubbau anhält, erklärt Rob Wallace, werden Epidemien außer Kontrolle geraten.



Doch häng mich für Sie rein!
Dorit Baumeister

06. September 2020 OB-Wahl in Hoyerswerda

Dorit Baumeister
Oberbürgermeisterkandidatin für Hoyerswerda

Dorit Baumeister ist Architektin, Citymanagerin, Kulturaktivistin und Stadtführerin. Jetzt strebt die 57-Jährige an, Oberbürgermeisterin der Stadt

Hoyerswerda zu werden. Sie ist parteilos und will das auch bleiben. Jedoch hat sie die Unterstützung von drei politischen Strömungen der Stadt. Sowohl die Wählervereinigung Aktives

Hoyerswerda, als auch Bündnis 90/Grüne und die Linkspartei unterstützen die Kandidatur von Dorit Baumeister. Der Ortsvorstand der Linken hat einstimmig beschlossen, dies zu tun. Der Ortsvorsitzende André Koch geht davon aus, dass dann auf der nächsten Gesamtmitgliederversammlung die offizielle Nominierung erfolgen kann. Ende vergangenen Jahres sei ihr klar geworden, so schildert Dorit Baumeister, dass sie ihren jahrelangen Weg des Engagements für die Stadt konsequent weitergehen müsse. Mit ihrer Leitli-

nie für dieses Vorhaben klopfte sie bei Linken, Grünen und Aktives Hoyerswerda an und rannte wohl offene Türen ein. Sie ist überzeugt, dass Hoyerswerda seine innerstädtische und überregionale Verantwortung wahrnehmen muss, um vor allem in Anbetracht des Strukturwandels zum Zugpferd der Region zu werden: „Hoyerswerda kann sich in eine starke Zukunft bewegen!“ Dazu dürfe man sich nicht weiter eine Inselhaltung im Raum erlauben.

Geschäftsstelle des Kreisverbandes
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03576/2162893
 e-mail: kontakt@dielinke-goerlitz.de

Büro der LINKEN Zittau
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/700 525, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: zittau@linksmail.de; www.dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro „Rote Rosa“ MdL Antonia Mertsching
 Rosa-Luxemburg-Straße 17, 02943 Weißwasser; Tel.: 03576/2162893
 Mail: kontakt@antonia-mertsching.de
 E-Mail des Ortsverbandes: ov-weisswasser@dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro MdL Mirko Schultze
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03581/40 30 05

Büro der Kreistagsfraktion
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/58 60 17, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: kreistagsfraktion@dielinke-goerlitz.de
 www.dielinke-kreistagsfraktion-goerlitz.de



Der Kreisvorstand und die Ortsvorstände gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die in den Monaten September/Oktober Geburtstag haben, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit und alles Gute. Insbesondere gratulieren wir unseren Jubilaren:

September

Katrin Cordts	24.09.1980	40	Reichenbach/O.L.
Enrico Scholz	24.09.1980	40	Zittau
Lieselotte Engwicht	29.09.1955	65	Ebersbach-Neugersdorf
Margit Arnold	16.09.1950	70	Großschweidnitz
Günter Hensel	29.09.1950	70	Neusalza-Spremberg
Thea Wolf	15.09.1939	81	Löbau
Wolfgang Stiller	17.09.1938	82	Görlitz
Peter Reimann	19.09.1938	82	Niesky
Inge Kozok	29.09.1937	82	Löbau
Lothar Ulbrich	30.09.1935	85	Ebersbach-Neugersdorf
Annelies Hoinko	24.09.1927	93	Zittau

Oktober

Nick Prasse	01.10.1990	30	Oderwitz
Kerstin Güttler	08.10.1975	45	Markersdorf
Manuela Hesse	01.10.1965	55	Großschönau
Gregor Janik	03.10.1955	65	Zittau
Karla Korzus	12.10.1945	75	Löbau
Hubert Kriebisch	07.10.1940	80	Niesky
Ingrid Förster	09.10.1940	80	Horka
Peter Wenzel	05.10.1935	85	Görlitz
Herbert Olbrich	09.10.1934	86	Görlitz
Joachim Teich	03.10.1932	88	Weißwasser/O.L.
Helmuth Melde	11.10.1926	94	Kreba-Neudorf
Hans Wiedemuth	02.10.1924	96	Zittau



Herzliche Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung unserer Basisorganisation

Wann? Wo?

Worum geht es ?

Mitglied werden
 Ergreif PARTEI für eine bessere Politik

DIE LINKE.
 Kreisverband Görlitz

Impressum:
 Herausgeber: Kreisvorstand der LINKEN.Görlitz
 Redaktion: Dierk Kunow: ViSdP., Heiderose Gläß, Sabine Kunze, Winfried Bruns, Heike Krahl, Marko Schmidt, Heinrich Ruynat, Bitte alle Beiträge an folgende e-mail: linksderneisse@linksmail.de
 Satz und Druck: City-Druckerei Weißwasser; Auflage: 599 Stck.
 Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.08.2020
 Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe: 01.09.2020
 Der Redaktion bleiben sinnwährende Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten.
 Wer Rechtschreibfehler findet darf sie behalten. - Spendenempfehlung 1,50 Euro -
 Unser Spendenkonto ist: DIE LINKE.Görlitz, Volks- und Raiffeisenbank Niederschlesien eG **IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08**

Im Interesse zukünftiger Generationen ist diese Zeitung auf Umwelt-Papier gedruckt.